

Autokraten applaudieren Trumps Wahlsieg aus afrikanischer Sicht

Bettina Rühl

Geboren 1965 in Bad Homburg vor der Höhe, seit 1988 freiberufliche Journalistin, arbeitet schwerpunktmäßig zu Afrika und wurde mit mehreren Hörfunkpreisen für ihre Radio-Features über das politische und soziale Innenleben Afrikas ausgezeichnet. Sie lebt seit 2011 in Nairobi.

Die Reaktionen vom afrikanischen Kontinent auf Trumps Wahlsieg in Washington waren wenig überraschend.

In einigen afrikanischen Hauptstädten machte sich Erleichterung breit – von dort folgten fast umgehend Gratulationen. Weniger autoritäre Regierungen zögerten damit länger.

Eine der ersten Gratulantinnen war Ugandas Parlamentspräsidentin Anita Among. Wegen Korruptionsvorwürfen und Menschenrechtsverletzungen wurde sie von den USA mit Sanktionen belegt. Nach dem Bekanntwerden der vorläufigen Wahlergebnisse sagte sie mit erkennbarer Erleichterung: „Jetzt, da Donald Trump gewonnen hat, sind die Sanktionen aufgehoben.“ Auch Simbabwe's Präsident Emmerson

Mnangagwa, der ebenfalls mit US-Sanktionen konfrontiert war, lobte Trumps Sieg. Er bezeichnete den künftigen Präsidenten als einen Führer, der „für das Volk spricht“.

Unter den frühen Gratulanten war außerdem der ägyptische Staatschef Abd al-Fattah as-Sisi. Der ehemalige Feldmarschall hatte sich 2013 mithilfe des Militärs an die Macht geputscht. „Ägypten und die USA haben immer ein Modell der Zusammenarbeit präsentiert und es gemeinsam geschafft, die gemeinsamen Interessen der beiden befreundeten Länder zu erreichen“, äußerte sich der autoritäre Staatschef in einer Erklärung am Morgen nach der Wahl. „Wir freuen uns darauf, dies auch unter den kritischen Umständen, die die Welt derzeit durchlebt, fortzusetzen.“ Sisis Freude kam wenig überraschend; schließlich hatte die ägyptische Regierung bereits im Wahlkampf 2016 zehn Millionen US-Dollar für die Trump-Kampagne gespendet. Der Vorgang wurde vom amerikanischen Justizministerium geprüft, Anklage wurde jedoch nie erhoben. Sein Verhältnis zu Präsident Joe Biden dagegen war frostig, während dessen Amtszeit wurde Sisi nie ins Weiße Haus eingeladen.

Negative Auswirkungen durch Rivalität mit China

Mit ihren Gratulationen beeilten sich auch Äthiopiens Ministerpräsident Abiy Ahmed, Nigerias Präsident Bola Tinubu und Südafrikas Staatschef Cyril Ramaphosa. Letzterer könnte allerdings versucht gewesen sein, einen möglichst freundlichen Ton an den Tag zu legen, um das Schlimmste zu verhindern. Denn Südafrika hat die Unterstützung der USA für Israel scharf kritisiert und den Internationalen Gerichtshof aufgefordert, Israels Vorgehen im Gazastreifen als „Völkermord“ einzustufen. Außerdem unterhält Südafrika enge Beziehungen zu Russland und China, setzt jedoch weiterhin auf die

USA als wichtigen wirtschaftlichen und strategischen Partner. Ramaphosa ließ Trump nach dessen Wahlsieg über den Mikroblogging-Dienst X wissen: „Ich freue mich darauf, die enge und für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaft zwischen unseren beiden Nationen in allen Bereichen unserer Zusammenarbeit fortzusetzen.“

Während also einige afrikanische Regierungen, denen in den vergangenen Jahren Autoritarismus vorgeworfen wurde, Grund zum Feiern haben, warnen Analysten, Sanktionen seien nicht das Einzige, was unter Trump wegfallen könnte, sondern auch Finanzhilfen aus den USA. Angesichts der eher erratischen politischen Entscheidungen des künftigen US-Präsidenten ist jedoch schwer vorherzusagen, was der afrikanische Kontinent in den kommenden Jahren zu erwarten hat.

Viele Analysten sind allerdings der Ansicht, dass sich Trump außenpolitisch noch deutlicher von den Interessen seines eigenen Landes leiten lassen wird. Er könnte sich im Umgang mit afrikanischen Ländern noch stärker als andere US-Regierungen vor ihm an seinen umfassenderen geopolitischen Zielen orientieren. Eine besondere Rolle spielt seine Rivalität mit China. Analysten erwarten, dass Trump afrikanische Nationen unter Druck setzen wird, sich von Peking zu distanzieren. Das wird Länder, die auf chinesische Infrastrukturfinanzierung und Handel angewiesen sind, mit schwierigen Entscheidungen konfrontieren.

Prioritäten bei US-Entwicklungshilfe

Trump's Rückkehr ins Amt gefährdet insbesondere die Zukunft des *African Growth and Opportunity Act* (AGOA), das im September 2025 ausläuft. Das AGOA-Abkommen trat erstmals im Jahr 2000 in Kraft und gewährt afrikanischen Ländern für bestimmte Produkte zollfreien

Zugang zum US-Markt. Trump, der für seine Abneigung gegen multilaterale Abkommen bekannt ist, könnte das AGOA-Abkommen als Druckmittel nutzen, um vorteilhaftere bilaterale Abkommen auszuhandeln, warnen Experten.

Darüber hinaus dürfte sich der Umfang der sogenannten Entwicklungshilfe verringern. Im Dezember 2022 sagte die Regierung Biden den afrikanischen Staaten über einen Zeitraum von drei Jahren 55 Milliarden US-Dollar zu. Diese Zahlungen könnten gefährdet sein, da Trump auch die US-Entwicklungshilfe voraussichtlich auf seine strategischen Prioritäten ausrichten wird. Derzeit beträgt die US-Hilfe für Afrika etwa acht Milliarden US-Dollar im Jahr. Unter Trump drohen insbesondere Programmen wie PEPFAR (der Notfallplan des US-Präsidenten zur Bekämpfung von AIDS), das einen bedeutenden Teil der finanziellen Unterstützung ausmacht, Kürzungen. Insgesamt sind Programme zur gesundheitlichen Vorsorge, etwa Impfmaßnahmen, zur HIV/AIDS-Bekämpfung und zur reproduktiven Gesundheit, gefährdet.

Folgen für multilaterale Abkommen

Von multilateralen Partnerschaften wird sich der künftige US-Präsident voraussichtlich erneut abwenden – mit Folgen für multilaterale Hilfs-, Handels- und Klimaabkommen. Unter Trump haben sich die USA, das Land mit einer der höchsten CO₂-Emissionen weltweit, schon einmal aus dem Pariser Klimaabkommen zu-

rückgezogen, und es steht zu befürchten, dass seine Regierung es erneut tun wird. Weil dadurch noch weniger Geld in internationale Klimafonds fließen würde, die ohnehin unterfinanziert sind, würde Trump Afrikas Zugang zu internationalen Ausgleichszahlungen weiter einschränken. Sein Schritt würde umweltverschmutzende Industrien weltweit darüber hinaus zu einem „Weiter-so“ ermutigen. Das stellt eine zusätzliche Bedrohung für Afrika dar und würde seine Anfälligkeit für Klimaveränderungen verstärken. Bereits jetzt ist der Kontinent, der kaum zum weltweiten CO₂-Ausstoß beiträgt, von den Folgen des menschengemachten Klimawandels massiv betroffen.

Trumps Wahlsieg dürfte zudem einen Rückschlag für die Hoffnung afrikanischer Staaten bedeuten, künftig stärker in multilateralen Organisationen vertreten zu sein. Die Biden-Regierung hatte sich für zwei ständige Sitze Afrikas im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingesetzt. Trumps Missachtung multilateraler Institutionen stellt das Bestreben Afrikas nach Reformen des UN-Sicherheitsrates voraussichtlich vor neue Hindernisse.

Allerdings sehen Analysten nicht nur negative Folgen der möglichen künftigen US-amerikanischen Außenpolitik: Donald Trumps Distanzierung von Afrika könnte den Kontinent dazu anspornen, seine alternativen Partnerschaften mit Nationen in Asien und im Nahen Osten weiter auszubauen und den innerkontinentalen Handel zu stärken. Pläne zu Letzterem gibt es seit Langem, sie werden bislang jedoch nur halbherzig verfolgt.